



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Harald Meußgeier, Dieter Arnold, Martin Huber, Benjamin Nolte, Markus Striedl** und **Fraktion (AfD)**

Keine neuen Steuern – nein zum Wassercent!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, von der geplanten Einführung eines Wassercent in Bayern Abstand zu nehmen und für eine auskömmliche Finanzierung des Ausbaus und Betriebs einer nachhaltigen, zukunftsfähigen und sicheren Wasserversorgung im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel und Einnahmequellen zu sorgen.

Begründung:

Wasser ist ein einzigartiges und kostbares Gut. Gerade wegen der immensen Bedeutung des Wassers müssen bereits jetzt im Haushalt ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um alle erforderlichen Schutz- und Vorsorgemaßnahmen und den Aufbau und Betrieb einer sicheren und nachhaltigen Wasserversorgung zu finanzieren.

Die Haushaltslage lässt dies auch ohne Einführung einer neuen Abgabe zu. Ein Einnahmeproblem besteht keinesfalls.

Erhebliches Einsparpotenzial zugunsten der Finanzierung der Wasserversorgungsstruktur gibt es in großem Maße, insbesondere im Bereich der Kosten und Folgekosten für die illegale Migration.

Die Einführung einer zusätzlichen Abgabe wäre in der aktuellen Situation ein falscher Schritt und ein fatales Signal. Die Steuerzahler sind bereits jetzt massiv durch die exorbitant hohe Steuer- und Abgabenlast schwer betroffen.

Hinzu kommen die allgemein schwierige wirtschaftliche Lage und die Belastung von Verbrauchern und Unternehmen durch massiv gestiegene Energiekosten und die u. a. hierdurch verursachten allgemeinen Preissteigerungen.

Die Landwirte stehen bereits heute unter enormem wirtschaftlichen Druck und würden durch eine weitere Abgabe unverhältnismäßig belastet werden.

Gleiches gilt für die wasserintensive Industrie in unserem Land, die in Zeiten einer Rezession ohnehin vor enormen Herausforderungen steht und in einem harten internationalen Wettbewerb bestehen muss.

Die Gebühren für Wasser und Abwasser steigen für die Verbraucher in letzter Zeit deutlich an, viele Kommunen haben ab dem Jahr 2024 die Wasser- und Abwassergebühren drastisch erhöht.

Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Einführung eines Wassercent wäre schädlich für Verbraucher, Landwirte und Unternehmen, insbesondere zu einem Zeitpunkt, in dem sich die Wirtschaft in der Rezession befindet.

Die Einführung dieser neuen Abgabe ist daher zu stoppen.